

spd/III/7*

Hannover, 14. Juni 1948

Wettrüsten in Hirschen

Von Peter Raunau

Der offene Aufstand der "aufrechten deutschen Männer" gegen die "vaterlandslosen Gesellen" ist wohl nur noch eine Frage der Zeit. "Nationale Würdelosigkeit" wird empört von jeder Ecke her gerufen und die Hüter der Ehre des deutschen Volkes, die sie allein auszu-legen und zu handhaben vorgeben, werfen sich mächtig in die Brust. Was auf diesem Gebiet schon lange latent war, hat sich in letzter Zeit zu voller Blüte entwickelt. Das Echo auf das Londoner Abkom-men soll Veranlassung sein, sich mit dieser Erscheinung etwas näher zu befassen.

Die Lage des deutschen Volkes ist hinreichend bekannt. Sie ist trostlos bis an die Grenzen der Hoffnungslosigkeit. Die Rezepte, die ihm geboten werden, scheinen oft genug von Kurpfuschern zu stammen oder von Leuten, denen an dem Wiederaufkommen des Patienten wenig liegt, auch wenn sie das Gegenteil versichern. Darn ist da die be-herrschende Tatsache der Trennung Deutschlands in zwei Hälften, deren wahre Herren nach zwei entgegengesetzten Prinzipien regieren und die ausserdem - die seltsamsten "Alliierten, die es je gab - zu erbitt-erten Feinden geworden sind. Das alles vollzieht sich auf dem Hin-tergrund der grössten Niederlage der Weltgeschichte und der Erinne-rung an die bekanntgewordenen beispiellosen Scheusslichkeiten eines Regimes, die unleugbar am Beginn des heutigen Elends stehen, denn was an Exzessen auf der anderen Seite folgte, waren Reaktionen, sel-ten im einzelnen begründet, im Ganzen aber keine unlogische Erschei-nung.

So ist die Situation. Arbeitswille, kühle Vernunft, Wirklichkeits-sinn, das heisst ein klares Bewusstsein für die Grenzen des Erreich-baren und Geduld sind die einzigen Mittel, vorwärts zu kommen. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, wohl aber mit Politik, die nichts anderes ist als das Ausfindigmachen und das tatsächliche Be-schreiten des Weges zum bestmöglichen Zusammenleben der Menschen.

2
und die...
Lage...
Soll...
Soll...
Soll...

Was geschieht indessen auf einem immer weiteren Feld der Meinungsbildung in Deutschland? In zunehmendem Masse wird gegen die Not die nationalistische Phrase gestellt und es ist bedrückend zu sehen, wie Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und geradezu aufdringliche Parallelen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg übersehen oder in den Wind geschlagen werden. Leider trifft das für beide Seiten zu, wenn auch nicht in gleichem Umfange. Wir wissen heute, dass das Ausland sein gerüttelt Mass Mitschuld am Wachsen des deutschen Nationalismus in den zwanziger Jahren trägt und wir sehen bekümmert, dass auch heute viele Massnahmen der Besatzungsmächte die gleiche Wirkung haben. Aber wir sehen auch, dass die Erfahrungen der Hitlerzeit weiteste Kreise des deutschen Volkes viel weniger als erhofft gewandelt haben, dass man mit Vorbedacht die grossen eigenen Sünden der Vergangenheit vergisst oder unerwähnt lässt, geringere fremde Fehler aber mit hitziger Entzückung aufbauscht.

Das Betrübllichste aber ist, dass solcher Bereitschaft zu einer höchst fragwürdigen sittlichen Empörung, die bei Menschen mit geringerem kritischen Vermögen vielleicht noch verständlich wäre, von Leuten mit Eifer Vorschub geleistet wird, die bei ihrer Intelligenz das Gefährliche ihres Tuns erkennen müssten und wohl auch erkennen, aus taktisch-opportunistischen Gründen aber alle Bedenken gegen solche giftigen Injektionen beiseitelassen. Sie kennen die verderbliche und besonders ausgeprägte Vorliebe grosser Teile des deutschen Volkes für nationalistische Töne. Das genügt ihnen, denn der Vorteil ihrer Richtung geht ihnen über alles. Oft sind das gerade die Kräfte, die nach der unverwüstlichen Parole "Haltet den Dieb!" den Besonnenen und Nichtnationalisten vorwerfen, sie sähen aus doktrinärer Verranntheit nicht die Gesamtinteressen Deutschlands. Ob es sich nun um kultivierte Publizisten in Hamburg, um massgebende aktive Politiker in Köln, um die Schrittmacher eines neuen Nationalismus in Hessen oder um sonst irgendwen dieser Art handelt - der Typ ist unverkennbar. Oft sind es Meister der behutsamen Nuancierung, des geistvollen, aber unaufrichtigen Wortspiels, des bedeutungsvoll akzentuierten Nebensatzes und der augerwinkerknnden Andeutung. Sie glauben, dass die Zeit des eindeutigen Aussprechens ihrer Absichten noch nicht gekommen ist, wenn sie auch immer häufiger starke Worte empfehlen und gebrauchen, zumal sie damit des Beifalls derer, die nicht alle werden, sicher sind. Die andere Kategorie, ihre Geistesverwandten vom entgegengesetzten Flügel, die billigen Schreiber und Überlauten Schreier der SEP-KP, haben schon lange jede Vorsicht fallen lassen und sagen unverhohlen, was die Befehlshaber ihrer patriotischen Gefühle ihnen auftragen.

Es ist sehr zu hoffen, dass die Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht wieder die Ebert und Rathenau, Hermann Müller und Stressemann von heute als Landesverräter, die Herren einer neuen künftigen Harzburger Front oder wie sie sich nennen werden und ihre Hintermänner oder Wegbereiter aber für die Vertreter der wahren deutschen Interessen halten, dass sie sich abwenden von diesen nationalistischen Schwadronereuren, von diesen peinlichen Wettrüsten in "pseudopatriotischen" Phrasen, das schon einmal ein unheilvoller Auftakt war.

Schumanns größte Belastungsprobe

A.F. Paris, im Juni 1948

Die Ergebnisse der Londoner Deutschlandbesprechungen sind für Frankreich eine bittere Pille, denn Paris mußte auf die meisten seiner seit Kriegsende verfolgten Ziele verzichten. In weitblickenden Kreisen hat man sich zwar schon lange keine Illusionen mehr gemacht, weil man genau wußte, daß die französischen Thesen in der deutschen Frage mit der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit unvereinbar sind, es ist aber für eine öffentliche Meinung und für politische Parteien immer peinlich, endgültig feststellen zu müssen, daß die weltpolitische Entwicklung völlig andere Bahnen geht als man angenommen oder zumindest gewünscht hatte. Bei der Beurteilung der französischen Reaktionen muß man dieser gefühlsmäßigen Enttäuschung Rechnung tragen.

Die erbitterte Ablehnung der Kommunisten ist keine Überraschung. Für sie ist jede Lösung, an der die Sowjetunion nicht beteiligt ist, unannehmbar. Bemerkenswert ist lediglich die sehr nationalistische Tonart der kommunistischen Propaganda, die wieder einmal das gesamte deutsche Problem auf den Nenner "Sicherheit und Reparationen" bringt. Die Hauptsorge der Kommunisten ist nach wie vor die Ausschaltung des amerikanischen Einflusses in Europa. In diesem Sinne ist die Schlagzeile der "Humanité": "Wer Truman wählt, wählt auch Krupp..." zu verstehen.

Die Extremisten zur Rechten unter Führung des Generals de Gaulle mißbilligen ebenso energisch die Lösung von London. Der Gaullismus hält an seinen Forderungen fest: Bildung eines deutschen Staatenbundes, Sonderstatut für die Ruhr, militärische Garantien für Frankreich. Er scheint nicht bereit zu sein, der außenpolitischen und gesamteuropäischen Wirklichkeit Konzessionen zu machen. Der General dürfte entschlossen sein, wenn er wieder an die Macht kommt, die französischen Thesen bis zur letzten Konsequenz zu verfechten, d.h. die außenpolitische Isolierung des Landes und die Loslösung der französischen Zone vom übrigen Deutschland, selbst auf die Gefahr hin, dadurch den Wiederaufbau Europas und selbst Frankreichs zu gefährden.

Auch die Sozialisten stehen den Londoner Beschlüssen kritisch gegenüber. Man beanstandet in sozialistischen Kreisen vor allem die Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse in der Ruhrindustrie. Man ist - wenn auch schweren Herzens - bereit, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Wiener Sozialistenkonferenz auf die lange geforderte Internationalisierung der Ruhrindustrie zu verzichten, man verlangt aber unbedingt die Enteignung der bisherigen Besitzer und zumindest die Verstaatlichung, wenn nicht die Sozialisierung der Betriebe. Léon Blum glaubt zu wissen, daß sowohl Großbritannien wie auch die Vereinigten Staaten gegen eine derartige Verstaatlichung keine Einwände haben, wenn sie vom deutschen Volk mehrheitlich gewünscht wird. Man ist aber dieser mehrheitlichen Entscheidung des deutschen Volkes in Anbetracht des starken Einflusses der die Interessen des Großkapitals vertretenden Parteien keineswegs sicher.

Die Reaktionen der Sowjetunion erwecken in weiten Kreisen Befürchtungen. Der Sicherheitsbegriff hat sich in den letzten Monaten sichtlich gewandelt. Der Gefahrenherd ist weniger Deutschland als der russisch-amerikanische Gegensatz. Durch die Gründung eines Westdeutschlands wird dieser Gegensatz fühlbar verschärft, und man fragt sich in

Paris, ob nicht Frankreich das erste Opfer einer russischen Gegenaktion werden könnte.

Nichts destoweniger fehlt es durchaus nicht an mäßigenden Stimmen, die darauf hinweisen, daß Frankreich heute eben nur eine recht bescheidene Rolle spielen kann und daß eine Absichtsstellung nur zu noch ungünstigeren Ergebnissen führen müsse. In diesem Falle würden Engländer und Amerikaner den Wiederaufbau Deutschlands nach ihren eigenen Plänen organisieren, ohne auf die Interessen Frankreichs auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Man denkt im übrigen auch an den Marshall-Plan und an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Mme Tabouis, die bekannte, oft sehr phantasiereiche außenpolitische Mitarbeiterin der Zeitung "France Libre", könnte wohl mit Recht schreiben: "Man kann sagen, daß Frankreich von den Vereinigten Staaten all das, was sich augenblicklich erreichen läßt, zugestanden bekam".

De Gasperi an der Arbeit

E. A. W. Verona, im Juni 1948

Während sich die Gedankenwelt des Italieners in Reaktion auf die spannungreichen Wochen vor den Aprilwahlen wieder von aller Innenpolitik abgekehrt hat und der rensportliche "Giro d'Italia" die Gemüter beschäftigt, hat De Gasperis sechstes Kabinett seine Arbeit aufgenommen.

In seiner programmatischen Rede vor Kammer und Senat umriß der Ministerpräsident die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Linien einer Politik auf weite Sicht. Arbeitslosigkeit, Emigration, Bodenreform und Neuordnung des Steuerwesens sollen nunmehr entschlossen in Angriff genommen werden. Steigerung der Produktion und verbesserte Lebenshaltung der Massen sind die wesentlichen Ziele. Auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es beachtliche Schwierigkeiten zu überwinden. Immer ernster wirken sich die hohen Gestehungskosten auf den Export italienischer Güter aus. Es gibt nunmehr wenige italienische Industriezweige, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Das europäische Wiederaufbauprogramm, dem De Gasperi große Anerkennung zollte, wird die Friedensarbeit der Regierung sehr erleichtern. Italien erhält im laufenden Jahr 703 Millionen Dollar falls das Programm ungekürzt bleibt, und zwar zu knapp 16 Prozent als Anleihe; der Rest wird als Geschenk gegeben. Es ist ein von vielen begrüßter Beweis für den verständnisvoll sozialen Charakter der neuen Regierung, daß die unabhängigen Sozialisten Lombardo, Saragat und Tremelloni leitende Stellen in der wirtschaftlichen Neuordnung des Landes einnehmen. Die propagandistische These der Kommunisten, daß das amerikanische E. R. P. nur kapitalistischen Charakter habe, konnte nicht besser entkräftet werden.

Die neue kommunistische Taktik, der sich kürzlich auch die Nenni-Sozialisten angeschlossen haben, fußt darauf, daß die Regierungsumbildung verfassungswidrig vorgenommen sei. Hartnäckig wird diese

völlig grundlose Behauptung immer wiederholt. Damit soll die Lösung lebenswichtiger Probleme Italiens offensichtlich wieder auf die lange Bank geschoben werden, wovon allein die Kommunisten Vorteile hätten. Auf der gleichen Linie liegen die von den kommunistisch beherrschten Gewerkschaften inszenierten Lohnkämpfe, die allein das Ziel haben, das Wirtschaftsprogramm der Regierung zu Fall zu bringen. Es ist daran zu erinnern, daß die heutigen Löhne kaufkraftmäßig über den Vorkriegsjahren liegen, während die Produktion von Stand von 1938 noch lange nicht erreicht hat.

Auffallen gegenüber dem innenpolitischen Desinteressement der italienischen Öffentlichkeit ist die Tatsache, daß die Presse dem deutschen Problem immer größeren Raum widmet. Regelmäßig erscheinen in allen großen Zeitungen Betrachtungen zur politischen Lage vornehmlich Westdeutschlands. Auch deutsche Stimmen haben endlich Eingang in die Spalten gefunden. Ausführlich werden vor allem die wirtschaftlichen Aspekte der Londoner Beschlüsse behandelt. In erstaunlicher Offenheit finden sich in römischen "Il Globo" und in der Mailänder "24 Ore" als den beiden großen Wirtschaftszeitungen des Landes Darstellungen deutscher Wirtschafts- und Industrieverhältnisse, die über große Sachkenntnis hinaus aufmerksamstes Interesse verraten.

Die CSU zwischen den Mühlensteinen

(Eigenbericht), München

Es steht außer Zweifel, daß Bayern vor schweren politischen Kämpfen steht, hervorgerufen durch die Gemeinde- und Stadtratswahlen, die der CSU als Mehrheitspartei eine verriichtende Niederlage gebracht haben und damit der Forderung der Opposition auf Auflösung des Landtages die rechtliche Untermauerung gibt. Seit 1946, der ersten Wahl nach dem Zusammenbruch, ist die CSU auf rund 36 Prozent der Wählerstimmen zurückgefallen, während sie im Landtag noch über 104 von 130 Abgeordneten verfügt. Als die SPD im September 1947 aus der Koalition austrat, erhob sie die Forderung auf Neuwahl des Landtages. Damals blieb die SPD mit ihrer Forderung allein. Aber bereits vor dieser Wahl schlossen sich die FDP, die WAV und die inzwischen zu einem politischen Faktor in Bayern angewachsene Bayernpartei dieser Forderung an. Die CSU-Regierung ist aber nicht gewillt, den anachronistischen Landtag aufzulösen. Begründung: Man dürfe die Demokratie nicht zu Tode wählen. Ministerpräsident Ehard will also mit einem Landtag, in dem 1/4 bis 1/3 des bayerischen Volkes nicht vertreten ist, mit einer Fiktion also, regieren.

Diese Haltung scheint das letzte Mittel zu sein, um den restlosen Zusammenbruch der CSU aufzuhalten. Aber die Auflösung scheint sich von innen her zu vollziehen. Als erste Gruppe hat die "Junge Union" in München den Rücktritt des Vorsitzenden Josef Müller gefordert und gegebenenfalls mit "Konsequenzen" gedroht. Aber auch der alte Widersacher Dr. Müllers, Staatsrat a. D. Dr. Fritz Schäffer hat eine ultimative Versammlung des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU angekündigt.

Es gibt heute außer der CSU keine Partei in Bayern, die nicht die Auflösung des Landtages fordern würde, weil jede Partei auf Kosten der CSU eine Konsolidierung oder Verbesserung ihrer Stellung erwartet.

Sogar die Kommunisten hoffen, gestützt auf ihre jüngsten Erfolge, daß der nächste Landtag nicht ohne sie zusammengesetzt wird. Bekanntlich sind die Kommunisten im heutigen Landtag infolge der Zehnprozent-Klausel nicht vertreten. Auch die Flüchtlinge hoffen, daß sie als Landespartei zugelassen werden und damit für den Landtag mit einer eigenen Liste antreten können.

Die Politik der SPD in den kommenden Monaten wird, abgesehen von der inner wieder erhobenen Forderung nach Neuwahlen, unter dem Eindruck des sogenannten Planes "A" stehen, der am vergangenen Sonntag auf der Landeskonferenz der bayerischen SPD in Fürth verkündet worden ist und den Bau von 100.000 Wohnungen in einem Zeitraum von drei Jahren vorsieht. Es handelt sich um genaue fachmännische Untersuchungen, die die Durchführbarkeit des Planes nachweisen. Viele Schwierigkeiten liegen der Verwirklichung dieses Vorhabens noch im Wege stehen, und es wurden daher zahlreiche Forderungen von der Konferenz als Voraussetzung gestellt: Sturz der aufbaufindlichen CSU-Regierung, Stärkung des Bausektors in Frankfurt bei der Kontingenzteilung usw.; Dinge, die harte Arbeit erfordern, aber nicht unmöglich sind. Seit die bayerische SPD durch die politischen Begebenheiten in die Rolle der Opposition hinein gedrängt wurde, hat sie in zäher und unermüdlicher Tätigkeit diesen Plan erarbeitet, der aufbauen will und über die Parteigrenzen einen Aufruf an das ganze Volk darstellt: Das Nächstliegende energisch anzupacken und Wohnungen als erste Bedingung dafür zu schaffen, daß sich das Leben erst allwärts entwickeln kann. Die bayerische SPD ist damit aus der Kritik zum Positiven durchgestoßen. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Plan ein weites Echo auch über Bayern hinaus erhält.

Ein zweiter wesentlicher Punkt der Fürther Landeskonferenz war die Annahme eines neuen Landesstatuts. Auch dessen Inhalt stärkt die Tendenz zur Einheit der SPD in der Bizone und dürfte gerade in Bayern im Gegensatz zu den internen Vorgängen in der Regierungspartei als wohltuend empfunden werden. Das Statut sichert eine direkte Verbindung der fünf bayerischen Parteibezirke zum Parteivorstand in Hannover in der organisatorischen Parteilarbeit. Zugleich wird dadurch der Landesvorstand Bayern, der mit Waldemar von Knöringen, Richard Reitzner und Lisa Albrecht in seiner alten Form wiedergewählt wurde, weitestgehend entlastet, um sich intensiv auf die landespolitischen Belange und die reibungslose Koordination der bayerischen Bezirke konzentrieren zu können.